

STEFFI RÖNNEFARTH

Der Bestand Bündnis 90/ Die Grünen im Bundestag (1983–1998)

Als das Archiv Grünes Gedächtnis im Oktober 1991 seine Arbeit aufnahm, bildeten ca. 800 Umzugskartons mit Unterlagen der ein Jahr zuvor bei den Bundestagswahlen an der 5%-Hürde gescheiterten Bundestagsfraktion Die Grünen den Grundstock. Heute befinden sich die Unterlagen aus acht Legislaturperioden im Archiv. Hierbei bilden jeweils die Unterlagen einer Wahlperiode einen Archivbestand. Es handelt sich dabei durchgehend um Überlieferungen der Fraktionsgeschäftsführung, der Parlamentarischen Geschäftsführung, der Arbeitskreise und Referate.

10. und 11. Wahlperiode

Der erste Bestand der Bundestagsfraktion Die Grünen bildet insofern eine Ausnahme, als hier die Überlieferungen der 10. und 11. Legislaturperiode in einem Bestand zusammengefasst sind. In den 800 Umzugskartons befanden sich auch die Unterlagen aus 76 Abgeordnetenbüros, die mit dem Fraktionsbestand bearbeitet worden sind. Hierbei handelt es sich um Dokumente, die die parlamentarische Arbeit dieser Politiker/innen überliefern. Grundsätzlich werden Archivalien von Abgeordneten als persönliche Depositarbestände behandelt, die das politische und gesellschaftliche Engagement von Politiker/inne/n dokumentieren.

Mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag im März 1983 wurden plötzlich Themen ins Parlament getragen und dort diskutiert, die bislang als Anliegen sozialer Bewegungen parlamentarisch unbeachtet geblieben oder missachtet worden waren. Es waren die Themen der Friedens-, Anti-Atom-, Umwelt- und Frauenbewegung, mit denen die Grünen sich als Umweltpartei profilierten. Sie gingen gegen die im NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979 beschlossene Stationierung von Mittelstreckenraketen vor und brachten Initiativen gegen Rüstungsexporte in Länder der Dritten Welt in den Bundestag ein. Im großen Spektrum umweltpolitischer Themen konzentrierte sich die Bundestagsfraktion auf die Atomenergie. Nach der Reaktor-katastrophe von Tschernobyl im April 1986 baute sie eine eigenständige Informationsinfrastruktur auf, die sich gegen die Verharmlosung der radioaktiven Verstrahlung in Folge der Reaktor-katastrophe richtete. Risiken der Atomenergie, Strahlenbelastungen und Gefahren atomarerer Unfälle standen im Zentrum der Aufklärungskampagnen der grünen Bundestagsfraktion. Mit einer Großen Anfrage zum Atomwaffensperrvertrag

forderte die Fraktion die verbindliche Absage der Bundesregierung an eine europäische Atomstreitmacht sowie die umgehende Beendigung der nuklearen Kooperation mit Frankreich bei der Entwicklung und Nutzung von Schnellen Brütern. Daneben gab es wichtige Initiativen gegen das Waldsterben und den Einsatz von Giftstoffen, die den breiten umweltpolitischen Ansatz der Grünen belegen.

Charakteristisch für die parlamentarische Arbeit der Grünen ist die intensive Zusammenarbeit im Netzwerk aus politisch aktiven Persönlichkeiten, Gruppen, Initiativen und Expert/inn/en. Diese vernetzte Arbeitsweise, die darauf abzielte, die strikte Trennung zwischen außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit aufzubrechen und Expertise von außen ins Parlament zu holen, spiegelt der Bestand deutlich wider. So liegen beispielsweise Korrespondenzen mit und zahlreiche Studien von Öko- und anderen Forschungsinstituten vor.

In der Entwicklungspolitik arbeitete die Fraktion daran, den Schuldenkreislauf in den Ländern der Dritten Welt zu durchbrechen, im innenpolitischen Bereich standen die Novellierung des Datenschutzgesetzes oder die Grundsicherung im Alter auf der Agenda. Die Fraktion hat verschiedene Antidiskriminierungsgesetze auf den Weg gebracht – zur Gleichstellung von Frauen, Homosexuellen, Ausländer/inn/n, Migrant/inn/en und von Behinderten. Sie hat weitere Vorstöße in der Frauenpolitik unternommen – zur Abschaffung des § 218 StGB, der Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und der Änderung der §§ 177, 178 StGB. Sexuelle Nötigung und Vergewaltigung und insbesondere Gewalt in der Ehe sollten unter Strafe gestellt werden.

Die 12. Wahlperiode

Der zweite erschlossene Archivbestand ist der der Bundestagsgruppe Bündnis 90/ Die Grünen von 1990–1994. Die acht Abgeordneten kamen aus den Reihen der Bürgerbewegungen Neues Forum, Demokratie Jetzt, Initiative Frieden und Menschenrechte, dem Unabhängigen Frauenverband und der Grünen Partei der ehemaligen DDR. Auffallend ist hierbei die Fülle an parlamentarischen Initiativen, die dieser Bestand dokumentiert. Führt man sich vor Augen, dass die Gruppe aus nur acht Abgeordneten bestand, die bis dahin keinerlei Erfahrung mit dem Parlamentsbetrieb hatten, erstaunt die politische Umsetzung von Themen, die sie vornehmlich als Vertreter/innen der ostdeutschen Bevölkerung und hier insbesondere als Vertreter/innen der Bürgerbewegungen ins Parlament einbringen.¹ So vielfältig wie die Zusammensetzung der Abgeordneten erscheinen auch die Themen der parlamentarischen Initiativen: u.a. die Neuregelung des Asylrechts, die Aufarbeitung von DDR-Unrecht und die Regelung des Umgangs mit den Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR, die Abschaffung des § 218. In letzterem Fall trafen sich das Anliegen der ostdeutschen Frauenbewegung und die frauenpolitischen Forderungen der Grünen. Die Außenpolitik gliedert sich

¹ Eine detaillierte Beschreibung des Bestandes liegt bereits im Jahrbuch «Grünes Gedächtnis 2007», S. 67–69, des AGG vor.

in die klassische Außenpolitik, in Sicherheitspolitik und in Entwicklungspolitik. Bei Konrad Weiß und der zuständigen Referentin Christel Zgaga war die Entwicklungspolitik angesiedelt, sie ist auch in seinem Bestand überliefert. Der gesamte Bereich der EU-Politik, mit Schengener Abkommen, Vertrag von Maastricht, der Frage von Blauhelmeinsätzen im ehemaligen Jugoslawien, der Auseinandersetzung um die Nachkriegsordnung, den ökologischen und sozialen Folgen des Golfkriegs, Rüstungsexportkontrollen und sämtliche Fragen von Menschenrechtspolitik sind im persönlichen Bestand von Gerd Poppe überliefert. Vera Lengsfeld arbeitete an der Schnittstelle von Außen- und Sicherheitspolitik, was ihre Unterlagen widerspiegeln.

Die 13. Wahlperiode

Der Bestand Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag von 1994–1998 liegt etwa zur Hälfte erschlossen vor. Zu den vollständig bearbeiteten und mit Indizes und Schlagworten versehenen Unterlagen zählen die der Fraktionssitzungen, des Fraktionsvorstandes, der Fraktionsgeschäftsführung, der Arbeitskreise 1 bis 4 sowie des Berliner Büros, des Querschnittarbeitskreises Aufbau Ost und des Osteuropa-Referats. Bisher nicht verzeichnet sind die Archivalien des Arbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik und Menschenrechte.

Die politischen Initiativen der 13. Wahlperiode sind vom Bestreben gekennzeichnet, auf allen Politikfeldern eine sozial-ökologische Agenda für eine künftige Regierungsbeteiligung vorzubereiten, ohne sich allerdings darin zu erschöpfen. So ist z.B. aus dem Arbeitskreis Innenpolitik die Aufarbeitung von NS-Unrecht und die Entschädigung von Zwangsarbeiter/innen und Deserteuren des 2. Weltkrieges gut überliefert. Weder die Zwangsarbeiter/innen noch die Deserteure hatten bis dato eine rechtliche und gesellschaftliche Rehabilitation erfahren. Die Gründe für die Tabuisierung lagen zum einen in der Kostenfrage, denn eine Anerkennung von Schuld und NS-Unrecht wäre Deutschland «teuer zu stehen» gekommen. Andererseits gab es bis in die 1980er/1990er Jahre hinein kein wirkliches Unrechtsbewusstsein, denn Zwangsarbeit galt als «übliche Begleiterscheinung» von Kriegen.² Als wissenschaftlicher Koordinator für Innen- und Rechtspolitik der Bundestagsfraktion war Günter Saathoff maßgeblich an der Vorbereitung und Konzipierung des Stiftungsgesetzes «Erinnerung, Verantwortung, Zukunft» beteiligt.³ Diese Stiftung leistet heute mit Fördermitteln von ca. 8 Millionen Euro pro Jahr Entschädigungen für Zwangsarbeiter/innen, die aber nicht umfassend sein können und somit überwiegend symbolischen und ausgleichenden Charakter haben.

Eine weitere Besonderheit im Bestand der 13. Wahlperiode sind die Unterlagen von Elisabeth Weber. Sie war Osteuropareferentin. Die Unterlagen des Osteuropareferates reichen bis in die 1980er Jahre zurück, in denen Elisabeth Weber wissenschaftliche Mitarbeiterin zunächst bei Milan Horáček, dann Ulrich Fischer und schließlich

2 www.stiftung-evz.de/stiftung/geschichte/ns-zwangsarbeit/auszahlungsprogramme/interview-guenter-saathoff/print.html

3 Günter Saathoff ist seit 2003 bis heute Mitglied des Vorstands der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ).

Helmut Lippelt war. Diese Unterlagen dokumentieren die intensive Netzwerkarbeit von Abgeordneten und der Fraktion mit Basisgruppen der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegungen in osteuropäischen Ländern. Hier kann die Sicht der Basisgruppen auf die Umbrüche und Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa nachgezeichnet werden.

Ausblick

Aus der Zeit der Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/Die Grünen ab 1998 sind die Unterlagen zur Energiewende sowie Außen- und Menschenrechtspolitik im Fraktionsbestand überliefert. Gesundheitspolitik und Verbraucherschutz scheinen dagegen eher in den Abgeordneten- bzw. Ministerialbüros ihren Niederschlag zu finden. Die Unterlagen zum Atomausstiegsgesetz, dem Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Novellierung des Stromeinspeisungsgesetzes sowie die Auseinandersetzungen um die militärische Intervention im Kosovo, die 1999 zu einer Zerreißprobe für Partei wie Regierungskoalition wurde, sind in den Arbeitskreis- und Referatsunterlagen der Fraktion dokumentiert.

Darüber hinaus sind es Themen, die in den Referaten Internationale Strukturpolitik, Menschenrechtspolitik und Steuer- und Finanzpolitik bearbeitet wurden, die in größerem Umfang vorliegen. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Ausarbeitungen zur Steuerreform, zu Fragen der Globalisierung, deren Einfluss auf das Weltwirtschaftssystem sowie zur Entwicklungszusammenarbeit.

Grundsätzlich gilt für alle Fraktionsbestände: Je weiter zurück die Wahlperiode liegt, um so vollständiger ist der Bestand, da immer wieder Akten an nachfolgende Referent/inn/en übergeben und deshalb auch erst später an das Archiv abgegeben werden. Die erschlossenen Bestände liegen mit einem Findbuch zur Einsicht vor. Alle Bestände können in der Datenbank recherchiert werden. Akten werden nach Ablauf von zwei Wahlperioden zur Einsicht im Lesesaal vorgelegt. Für die Suche stehen neben der Stichwortrecherche eine Schlagwortliste, Indizes zu Personen, Orten und Körperschaften sowie eine Klassifikation zur Verfügung. Klassifiziert wird innerhalb des Bestandes nach den einzelnen Gremien und Strukturen der Fraktion. Vollständig erschlossen – bis auf wenige Nachlieferungen – liegen heute die Bestände der ersten Fraktionen Die Grünen im Bundestag 1983–1990, der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen 1990–1994 sowie der oben beschriebene erste Teil des Bestandes B.II.3 Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag 1994–1998 vor.